

Stickel, Gerhard (2008): Europäische Hochsprachen in der Klemme: Zwischen globalem Englisch, Dialekten und Regionalsprachen. In: Lüdi, Georges/Seelmann, Kurt/Sitter-Liver, Beat (Hrsg.): Sprachenvielfalt und Kulturfrieden. Sprachminderheit – Einsprachigkeit – Mehrsprachigkeit: Probleme und Chancen sprachlicher Vielfalt. Fribourg/Stuttgart: Academic Press/Kohlhammer, 2008. S. 115-132.

# Europäische Hochsprachen in der Klemme: Zwischen globalem Englisch, Dialekten, Minderheits- und Regionalsprachen

GERHARD STICKEL

## Abstract

Starting from declarations of the EU, the value of European languages and their diversity according to their different territorial, social, and legal extensions are discussed. The standard varieties of the various languages are emphasized as being especially important for national and European language policies and for individual language cultivation. They contributed and may continue to contribute more than other language varieties to the cultural wealth of Europe. On the other hand, their development is especially impaired by the increasing use of 'global' English. The increasing tendency toward a diaglossia (English plus one other language) and the use of languages within the institutions of the EU are discussed. In conclusion, it is argued that although tolerance is necessary, it is not sufficient for a thriving further development of the European linguistic diversity.

## 1. Europäische Sprachen als eigene Sprachen

Die beiden wichtigsten Organe der Europäischen Union, das Parlament und der Rat, beschlossen am 17. Juli 2000 eine gemeinsame Erklärung zum Europäischen Jahr der Sprachen. Darin heißt es: «Alle Sprachen Europas in mündlicher wie schriftlicher Form haben den gleichen kulturellen Wert und die gleiche kulturelle Würde und sind ein Bestandteil der europäischen Kultur und Zivilisation.»<sup>1</sup>

In dem so genannten «EU-Reformvertrag von Lissabon» vom 19.10.2007, der die früheren EU-Verträge und Verfassungsentwürfe ersetzen soll, heißt es in Artikel 2(3): «Sie (= die Union) wahrt den Reichtum ihrer kulturellen

und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas.»<sup>2</sup>

Die zitierten Sätze aus den beiden politischen Dokumenten sind keine deskriptiven Feststellungen, keine bloßen Bewertungen einer gegebenen Situation. Mit dem imperativen Indikativ der Rechtssprache sind sie Soll-Bestimmungen oder zumindest Empfehlungen zur Bewahrung oder Herstellung eines wünschenswerten Zustands. Auf wie viele und welche Sprachen können sich diese Entschlüsse beziehen? Wenn man neben den offiziellen Nationalsprachen auch die autochthonen Regionalsprachen und Minderheitensprachen zählt, aber die Sprachen der nicht-europäischen Migranten unberücksichtigt lässt, sind es in ganz Europa wenigstens 70 Sprachen, nach einigen Zählungen sogar um die 100.<sup>3</sup> Die Unschärfe in der Zählung ist wohl vor allem durch die problematische Unterscheidung zwischen Sprachen und Dialekten bedingt.

Dass die europäische Sprachenvielfalt erhaltenswert ist, weil sie konstitutiv ist für die kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt unseres Kontinents, ist längst zu einer als Topos verwendbaren Binsenwahrheit geworden. Ich möchte daran erinnern, warum dieser Topos passt, warum die Binsenwahrheit wahr ist – wahr nicht im Sinne deskriptiver Richtigkeit, sondern als gut begründbares normatives Ziel. Das übergreifende Argument ist: Die europäische Vielsprachigkeit ist wichtig, weil die einzelnen Sprachen wichtig und wertvoll sind. Und der Wert der einzelnen Sprachen liegt vor allem darin, dass sie die *eigenen* Sprachen ihrer Sprecher und Sprachgemeinschaften sind.<sup>4</sup> Bedeutung und Wert der einzelnen europäischen Sprachen als eigene Sprachen ihrer Sprecher lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- In und mit der eigenen Sprache erfährt und strukturiert der einzelne Mensch wesentliche Aspekte seiner Welt.
- Über die eigene Sprache verfügt er sicherer als über andere Sprachen. Er kann in ihr besser verstehen, agieren und reagieren.
- Die eigene Sprache schafft und erhält Gesellschaft als Kommunikationsgemeinschaft. In ihr erfährt sich der Einzelne als soziales Wesen.
- In der eigenen Sprache sind Geschichte und Kultur, einschließlich der Literatur, der eigenen Gesellschaft aufgehoben und werden in ihr vermittelt. Sie schafft historische Kontinuität sozialer Gruppen und Staaten, soweit diese sich auch über eine gemeinsame Sprache definieren.

Unter individueller wie europäischer Perspektive kommt hinzu:

- Mit dem Erwerb anderer Sprachen vermehrt der Einzelne sein sprachliches Eigentum und erweitert seine Welt.

Als Zusammenfassung der Interessenlagen aus der Binnenperspektive der vielen Sprachgemeinschaften in Europa sind die zitierten Erklärungen

der Unionsorgane zweifellos zutreffend und angemessen. Wenn aber von europäischen sprachlichen Interessen die Rede ist, reicht eine Addition der Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten und Sprachgemeinschaften im Hinblick auf ihre eigenen Sprachen nicht aus. Hinzukommen muss ein gemeinsames Interesse an der europäischen Sprachenvielfalt insgesamt. Einem europäischen Sprachbewusstsein, das bei vielen Bürgern der Mitgliedstaaten und deren politischen Akteuren zu verstärken oder erst zu entwickeln ist, sollte die Gesamtheit der europäischen Sprachen wichtig und wertvoll sein. In der Gesamtsicht der vielen europäischen Sprachen und ihrer Varietäten ist freilich zu unterscheiden zwischen solchen, die mehr und anderen, die weniger Aufmerksamkeit und Förderung benötigen.

## **2. Zur Verschiedenheit der europäischen Sprachen**

Die Erklärung zum gleichen kulturellen Wert aller europäischen Sprachen wird problematisch, wenn sie als normative Vorschrift gedeutet wird, aus der Anerkennung der kulturellen Gleichwertigkeit aller Sprachen auch die gleichen Rechte innerhalb der Europäischen Union abzuleiten. Eine völlige rechtliche und praktische Gleichstellung ist bis heute nicht gegeben und wird sich auch schwerlich herstellen lassen. Die 70 bis 100 europäischen Sprachen unterscheiden sich nämlich z. T. erheblich voneinander. Und damit meine ich in unserem thematischen Zusammenhang nicht ihre Substanz und Form, also nicht ihre phonischen, graphischen, morphologisch-syntaktischen Eigenschaften und lexikalischen Bestände, sondern ihre quantitative und geographische Verbreitung und ihre rechtliche und soziale Geltung. Man denke nur etwa an die unterschiedliche Größe der Sprachgemeinschaften zwischen Deutsch mit knapp 100 Millionen Sprechern in Europa und etwa Liwisch, einer Minderheitensprache in Lettland, mit weniger als 200 Sprechern. Gerade in dem etwas unübersichtlichen Feld der Regional- und Minderheitensprachen bestehen große Unterschiede, unter anderem zwischen Minderheitssprachen, die eine 'Stütze' darin haben, dass sie noch in einem oder mehreren anderen Ländern als offiziellen Sprachen gelten (wie z.B. Deutsch in Dänemark oder Französisch im Aostatal), und den reinen Minderheitssprachen, die wie Baskisch oder Bretonisch im mehrheitssprachlichen nationalen Umfeld auf sich allein gestellt sind.

Die zitierten Erklärungen der EU-Organen gehen auf solche Unterschiede nicht ein, sie treffen nicht einmal eine Grobunterscheidung zwischen den Sprachen, welche die Union als Amtssprachen anerkennt, und den anderen Sprachen, die in ihren Ländern von Minderheiten gesprochen werden und die dort allenfalls noch als ko-offizielle Sprachen gelten. Deshalb noch ei-

nige terminologische Überlegungen, die einige Kollegen vermutlich ebenfalls anstellen. Zu den Regional- und Minderheitensprachen hat der Europarat, in dem fast alle europäischen Staaten vertreten sind, in Teil I, Artikel 1 der *Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen* (Europarat 1992) eine Definition gegeben. Danach bezeichnet «der Ausdruck 'Regional- und Minderheitensprachen' Sprachen,

- i) die herkömmlicherweise in einem bestimmten Gebiet eines Staates von Angehörigen dieses Staates gebraucht werden, die eine Gruppe bilden, deren Zahl kleiner ist als die der übrigen Bevölkerung des Staates, und
- ii) die sich von der (den) Amtssprache(n) dieses Staates unterscheiden;
- iii) er umfasst weder Dialekte der Amtssprache(n) des Staates noch die Sprachen von Zuwanderern...»<sup>5</sup>

Angesichts dieser Definition und der zuvor angesprochenen Unterschiede will ich erst gar nicht auf die in manchen Fällen schwierige Abgrenzung zwischen Sprachen und Dialekten eingehen, etwa bei Kroatisch und Serbisch oder auch im Fall des Niederdeutschen in seinem Verhältnis zum Deutschen. Hiervon abgesehen ist hervorzuheben, dass mit der Definition des Europarats *ex negativo* eine quantitative und qualitative Bestimmung von Regional- und Minderheitensprachen relativ zu den Amtssprachen innerhalb der jeweiligen Staaten vorgenommen wird. Amtssprachen sind freilich auch keine scharf bestimmten Größen, zumindest nicht in allen europäischen Staaten. In einigen ist durch Verfassung oder Gesetz bestimmt, welche Sprache oder Sprachen im jeweiligen Staat amtlich sind, in anderen gibt es keine entsprechende gesetzliche Bestimmung oder allenfalls periphere Verordnungen. So ist z.B. die deutsche Sprache in Österreich, der Schweiz, Liechtenstein, Belgien und Luxemburg durch Verfassung oder Gesetz als offizielle Sprache oder eine der offiziellen Sprachen des jeweiligen Landes bestimmt, im größten deutschsprachigen Staat, also in Deutschland, aber nicht. In Deutschland ist Deutsch nur für die Gerichte und für einige Bereiche der staatlichen Verwaltung vorgeschrieben<sup>6</sup>.

Das Beispiel des Deutschen zeigt auch, dass der Begriff 'Nationalsprache' ungenau ist, weil er nur einen politischen und rechtlichen Geltungsbereich einer Sprache bezeichnet, nicht aber ihre eigentlichen linguistischen Eigenschaften, einschließlich ihrer arealen und sozialen Verbreitung. Auch auf diesem Feld gibt es terminologische Unschärfen. In EFNIL, dem europäischen Netzwerk der Sprachakademien und zentralen Sprachinstitute der EU-Staaten<sup>7</sup>, plagen wir uns seit Jahren mit der Bezeichnung und Eingrenzung der sprachlichen Gegenstände, um die es uns in erster Linie geht. Allein im Deutschen findet sich eine Vielzahl von Ausdrücken mit gleichen oder ähnlichen semantischen Extensionen: *Amtssprache*, *offizielle Spra-*



*che, Nationalsprache, Staatssprache, Landessprache, Einheitssprache, Hochsprache, Gemeinsprache, Schriftsprache, Literatursprache, Standardsprache, Kultursprache, Mehrheitssprache und Leitvarietät.* Andere europäische Sprachen bieten auch keine größere terminologische Klarheit. Man denke etwa an die Gebrauchsweisen von *langue nationale, langue officielle, standard language, lingua scritta, lingua nazionale, lingua culta, jezik narodny* und andere, die nur bedingt ineinander übersetzbar sind.

Was die in der Definition des Europarats genannten Amtssprachen angeht, so gilt für mehrere der europäischen Sprachen, die u.a. auch als Amtssprachen gebraucht werden, dass sie keine Sprachen zur exklusiven sprachlichen Bestimmung von nur einer nationalstaatlichen Identität sind. Die Maxime *Une nation – une langue*, die ja schon auf die offiziell mehrsprachigen Staaten nicht anwendbar ist, lässt sich zumindest als generelle deskriptive Feststellung nicht umwenden zu *Une langue – une nation*, wenn gleich es derartige politische Bestrebungen in Europa immer wieder gegeben hat und weiterhin gibt. Mehrere europäische Sprachen sind – mit einem Terminus von Heinz Kloss (1978), der von Michael Clyne (1992) weiter entwickelt worden ist – plurizentrisch. Dazu gehören neben dem Deutschen auch Französisch, Englisch, Italienisch, Niederländisch, Schwedisch, Ungarisch, Katalanisch und Baskisch und, wenn auch die außereuropäische Verbreitung berücksichtigt wird, natürlich auch Spanisch und Portugiesisch. Statt von *Nationalsprachen* möchte ich deshalb mit Bezug auf diese und andere Sprachen als jeweilige umfassende linguistische Gegebenheiten lieber von *Einzel Sprachen* reden. *Nationalsprache* sollte reserviert bleiben zur Kennzeichnung der amtliche Geltung einer Einzelsprache im jeweiligen Staat. Von den Einzelsprachen sollen im Folgenden ihre jeweiligen Ausprägungen als Hochsprachen im Zentrum stehen.

### 3. Hochsprachen

Viele Einzelsprachen umfassen eine mehr oder weniger große Menge regionaler, sozialer und funktionaler Varietäten. Unter diesen Varietäten ist die jeweilige Hochsprache hervorzuheben. Unter Linguisten ist der Ausdruck *Hochsprache* zwar immer noch nicht ganz akzeptiert. Aber er scheint mir am ehesten geeignet zur Bezeichnung der Standard- und Leitvarietät einer Sprache, die innerhalb eines Sprachgebiets wenn nicht von allen Menschen in allen Situationen aktiv gebraucht, aber doch überregional verstanden wird, die eine Schriftform hat, die ausschließliche oder bevorzugte Unterrichtssprache in den Schulen ist, in den Massenmedien vorwiegend oder ausschließlich verwendet wird und die in ihrem Verbreitungsgebiet oder größeren Teilen davon auch als Rechts- und Verwaltungssprache fungiert.

In der Hochsprache und ihren historischen Vorformen sind zumeist die literarischen, wissenschaftlichen und juristischen Texte abgefasst, die oft auch außerhalb der jeweiligen Sprachgemeinschaft als Beiträge zum kulturellen Reichtum Europas wahrgenommen werden. Ich schließe damit die Dialekte und regionalen Umgangssprachen nicht von der Betrachtung aus; denn sie werden ja in der Regel von einer Hochsprache, wie man so sagt, überdacht. Was aber die mündliche und schriftliche Verständigung etwa im gesamten deutschen Sprachgebiet über die politischen Grenzen hinaus – von Greifswald bis Bern und von Graz bis Flensburg – ermöglicht, das sind eben nicht die Dialekte und Umgangssprachen, sondern es ist bei aller großregionalen Varianz eben die deutsche Hochsprache. Entsprechendes gilt auch für die französische Hochsprache zwischen Lüttich, Bordeaux und Bonifacio (vermutlich auch für die ehemaligen Kolonien) oder für Italienisch von Bellinzona bis Palermo. Wegen ihrer überregionalen Verbreitung und ihres Funktionsumfangs sind Hochsprachen auch die primären Gegenstände des Fremdsprachenunterrichts. Deutschunterricht im anderssprachigen Ausland ist vor allem Unterricht in der Leitvarietät des Deutschen, in Hochdeutsch<sup>8</sup>.

Die europäischen Hochsprachen bedürfen auch deshalb der besonderen Aufmerksamkeit der Sprachpflege und der nationalen und europäischen Sprachpolitik. Hochsprachen sind, wie ich meine, für die sprachliche und kulturelle Zukunft Europas wichtiger als andere Sprachvarietäten und solche Sprachen, die (noch) keine Hochsprache ausgebildet haben. Dass dies eine linguistische und sprachpolitische Häresie ist, ist mir bewusst. Aber eine Diskussion darüber ist vermutlich nicht unnütz.

Auch bei der Eingrenzung von Hochsprachen bleiben Unschärfen und Grenzfälle. Als Nationalsprachen sind in der Regel die hochsprachlichen Varietäten der jeweiligen Einzelsprachen bestimmt oder anerkannt (Schwäbisch ist keine Nationalsprache von Deutschland, Steirisch nicht von Österreich). Andererseits sind nicht alle Sprachen, die eine Hochsprache entwickelt haben, auch Nationalsprachen. Zu erwähnen ist etwa Katalanisch, dass nur regionale Amtssprache neben Spanisch ist. Inwieweit reine Minderheitssprachen wie Sardisch, Sorbisch oder Samisch eine umfassend nutzbare Hochsprache ausgebildet haben, kann ich nicht einschätzen. Ich vermute aber, dass ihre Sprecher besonders in öffentlichen und offiziellen Domänen meist die jeweils offizielle Sprache (Italienisch bzw. Deutsch, Finnisch oder Schwedisch) verwenden. Und von Nationalsprachen wie Irisch und Luxemburgisch hört man, dass an deren Ausbau<sup>9</sup> zu Hochsprachen noch gearbeitet wird.

Was die Regional- oder Minderheitensprachen anlangt, so ist die erwähnte Europäische Charta am 1. März 1998 in Kraft getreten. Es ist zweifellos richtig und gut, dass diese «lesser spoken languages» nun Schutz und

Förderung genießen; denn auch sie sind ihren Sprechern als eigene Sprachen wichtig. Anzumerken ist freilich, dass die Charta bisher noch nicht in allen europäischen Staaten in Kraft ist und dass sie auch von den Unterzeichnerstaaten unterschiedlich übernommen und interpretiert wird.<sup>10</sup> Frankreich etwa hat die Charta schon vor acht Jahren unterzeichnet, aber bis heute nicht ratifiziert. Teile der Charta bieten katalogartig ein Angebot von mehr oder weniger Schutz- und Förderungsmaßnahmen, aus denen die einzelnen Staaten ihre Auswahl getroffen haben oder noch treffen müssen. Das heißt, Regional- und Minderheitensprachen werden auch in den Signatarstaaten der europäischen Charta nicht völlig gleich behandelt. Immerhin werden in den europäischen Staaten, mit wenigen Ausnahmen (u.a. Frankreich), bestimmte Prinzipien beachtet. Es gibt zudem ein *Bureau for the Lesser-Spoken Languages (EBLUL)* in Dublin (s. [www.eblul.org](http://www.eblul.org)), das auch die politische Aufmerksamkeit für die Regional- und Minderheitensprachen wach zu halten bemüht ist. Ähnliche Ziele haben Organisationen wie *ADUM* ([www.adum.info](http://www.adum.info)), *CRAMLAP* ([www.cramlap.org](http://www.cramlap.org)), *eEuroinclusion* ([www.eeuroinclusion.org](http://www.eeuroinclusion.org)), *Mercator* ([www.mercator-central.org](http://www.mercator-central.org)) und das *Network of European Planning Boards* ([www.languageplanning.eu](http://www.languageplanning.eu)). Vor kurzem wurde zur Gründung eines weiteren Netzwerks aufgerufen, das sich der «regional, minority, indigenous, smaller national languages and lesser used languages» annehmen soll, eines *European Network to Promote Linguistic Diversity (NPLD)*<sup>11</sup>. Organisationen für die Regional- und Minderheitensprachen in Europa, die zum Teil auch mit Mitteln der Union gefördert werden, gibt es also in reicher Vielfalt. Diese Sprachen haben wortreiche Lobbyverbände bei den nationalen Regierungen und den politischen Instanzen der Union. Andererseits ist aber auch kennzeichnend für die sprachenpolitische Situation in Europa, dass eine entsprechende Charta für die europäischen Hochsprachen, die Amtssprachen der einzelnen Mitgliedsländer und der Union sind, bisher fehlt. Denn gerade die mittlerweile 23 offiziellen europäischen Sprachen und ihr Verhältnis zueinander sind eine Herausforderung an eine kreative und weitschauende Sprachpolitik. Die einzige nichtamtliche Organisation, die sich um die europäischen Hochsprachen insgesamt bemüht, ist die schon erwähnte *European Federation of National Institutions for Language, EFNIL* ([www.efnil.org](http://www.efnil.org)).

#### 4. Gefährdung durch globales Englisch

Die Regional- und Minderheitssprachen machen zweifellos einen wichtigen Teil des sprachlichen und damit auch des kulturellen Reichtums von Europa aus. Sie stellen aber kein spezielles Problem dar für die Bewahrung der europäischen Sprachenvielfalt und das Miteinander der europäischen

Sprachen insgesamt. Konflikte und Probleme, die für sie bestehen, sind zumeist auf den einzelnen Staat beschränkt. Sie betreffen in erster Linie ihr Verhältnis zu der jeweiligen dominanten Nationalsprache, etwa des Walisischen zum Englischen, des Bretonischen oder Elsässischen zum Französischen, des Baskischen zum Spanischen, des Kaschubischen zum Polnischen oder des Sorbischen zum Deutschen. Rechtlich wird dem durch entsprechende Gesetze des einzelnen Staates entsprochen. Die erwähnte Europäische Charta soll darauf hinwirken, dass die Situation der einzelnen Minderheits- und Regionalsprachen in den verschiedenen Staaten bewahrt oder verbessert wird. Dass aber etwa spanische Basken sich mit britischen Walisern und deutschen Sorben treffen und darüber diskutieren oder gar streiten, in welcher dieser Sprachen sie sich verständigen sollen, ist wenig wahrscheinlich, weil es kaum Gelegenheiten dazu gibt, wenn man von speziellen internationalen Veranstaltungen über Minderheitensprachen abieht.

Wahrscheinlicher und tatsächlich viel häufiger als Begegnungen zwischen Angehörigen verschiedener Minderheiten sind solche zwischen Sprechern verschiedener nationaler Hochsprachen, also etwa mit Deutsch, Spanisch, Französisch, Italienisch oder Englisch als Erst- oder Zweitsprachen: Begegnungen im Bereich der internationalen Politik, im Wirtschaftsleben, in der Wissenschaft und im Tourismus. Bei solchen Kontakten stellt sich das Problem, wie verschiedensprachige Menschen miteinander kommunizieren können, akuter und dringender. Unabhängig von lexikalischen Transferenzen und dem Gebrauch einzelner Internationalismen stellt sich dabei immer wieder die Frage, wer wann und wo mit wem worüber in welcher Sprache spricht.

Diese Frage wird heutzutage bekanntlich meist so gelöst, dass Englisch als Verkehrssprache benutzt wird, oft auch nur eine reduzierte 'globalisierte' Varietät des Englischen, die man scherzhaft auch *Internationalish* nennt. Alternative Bezeichnungen sind *BSE* (*Bad Simple English*), *Globish* oder *MacLanguage*. Der Trend zum *Internationalish* ist bekanntlich ein globales Phänomen. Die zunehmende weltweite Verflechtung wirtschaftlicher und politischer Prozesse drängt schon aus ökonomischen Gründen zu sprachlicher Vereinfachung und Vereinheitlichung. Von Vertretern der Wirtschaft und manchen Politikern wird auch immer wieder erklärt, der Gebrauch von **einer** Sprache sei billiger und zeitökonomischer als das Miteinander, manchmal auch Gegeneinander von derzeit 23 Amtssprachen in der Europäischen Union, von den Regional- und Minderheitensprachen ganz zu schweigen.

Die Entwicklung der europäischen Hochsprachen, vielleicht auch die der europäischen Varietäten des Englischen<sup>12</sup>, kann hierdurch längerfristig Nachteile erleiden, besonders dann, wenn Englisch nicht nur als praktische

Hilfssprache für internationale Begegnungen verwendet wird, sondern auch national als dominantes Kommunikationsmedium in ganzen fachlichen Domänen. Die meisten Naturwissenschaftler, viele Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Deutschland, Frankreich und den anderen europäischen Ländern publizieren bekanntlich nur noch auf Englisch. In den nordischen Ländern und in den Niederlanden wird Englisch zunehmend auch als Unterrichtssprache im Hochschulbereich verwendet. Auch an einigen deutschen Universitäten ist damit in einzelnen Fächern begonnen worden. Englisch wird zunehmend auch zur Laborsprache in den Naturwissenschaften. Einige große multinationale Wirtschaftskonzerne mit Sitz in den Niederlanden, den skandinavischen Staaten, Deutschland und anderen Ländern haben auch für ihre heimischen Mitarbeiter Englisch als Konzernsprache eingeführt. Hierdurch werden in diesen Domänen die anderen Sprachen mit ihren reich entwickelten wissenschaftlichen und technologischen Terminologien abgewertet. Bedeutsame europäische Wissenschaftstraditionen und Forschungsrichtungen können so in Vergessenheit geraten. Es ist anzunehmen, dass deutsche, niederländische und dänische Wissenschaftler und Techniker sich über kurz oder lang in ihren eigenen Sprachen über ihre fachlichen Themen nicht mehr äußern können, also Deutsch, Niederländisch, Dänisch und andere europäische Sprachen als Fachsprachen unbrauchbar werden. Diese Entwicklung ist auch unter historischer Perspektive bemerkenswert. Es hat Jahrhunderte gedauert und Schriftsteller und Gelehrte große Mühen gekostet, die europäischen Einzelsprachen vom Lateinischen zu emanzipieren und besonders auch für die wissenschaftliche Kommunikation auszubauen. Heutzutage sind es gerade die professionellen Akteure in mehreren wissenschaftlichen Domänen, die ohne Bedenken oder sogar entschieden ihre eigenen Sprachen zugunsten einer neuen internationalen 'Einheitssprache' aufgeben.

Auf den sich abzeichnenden Funktionsverlust europäischer Hochsprachen insbesondere in den Domänen von Wissenschaft und Wirtschaft wird seit Jahren immer wieder hingewiesen.<sup>13</sup> Wenn diese Entwicklung sich verstärkt und ausweitet, könnte sich in den kontinentaleuropäischen Ländern nach und nach eine Diglossie entwickeln, d.h. ein funktionale Zweisprachigkeit. Dabei würden wichtige Angelegenheiten in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zunehmend auf Englisch oder einer kontinentaleuropäisch kreolisierten Varietät des Englischen verhandelt, und der Gebrauch der anderen Sprachen beschränkte sich eines schlechten Tages nur noch auf die 'F-Domänen' Familie, Freunde, Freizeit und Folklore. Die europäischen Hochsprachen, die auch als offizielle nationale und europäische Sprachen verwendet werden, könnten so längerfristig zu sozial und funktional beschränkten Regionalsprachen unterhalb des dominanten Englisch werden. Die Hochsprachen würden hierbei wiederum in Konflikt mit ihren Dialek-

ten und den reinen Minderheitensprachen geraten, die ja von vielen Menschen schon immer für die F-Domänen bevorzugt werden, weil ihnen die Hochsprache für die lokal oder sozial begrenzte Kommunikation über Themen der Familie, der Freunde, der Freizeit ungewohnt ist. Ihr Gebrauch lohnt sich in diesen Domänen nicht, würde vielleicht eher stören. So wird etwa von der Firma Daimler-Chrysler (neuerdings wieder nur Daimler) berichtet, die auch für ihre deutschen Standorte Englisch als Betriebssprache eingeführt hat, dass bei Sitzungen und am Arbeitsplatz in Sindelfingen meist Englisch gesprochen werde und auf den Fluren und in den Kantinen Schwäbisch.<sup>14</sup>

Es könnte sich so eine Entwicklung ergeben, bei der die bisherigen europäischen Hochsprachen zwischen einerseits das sich über immer mehr Domänen ausbreitende globale Englisch und andererseits die lokal und sozial begrenzten Minderheitssprachen und Dialekte geraten und wegen abnehmender Nutzbarkeit nach und nach verkümmern. Eines schlechten Tages gäbe es dann eine Art Euro-Englisch als europäische Einheitssprache und neben einigen 'störrischen' Minderheitensprachen wie Baskisch und Walisisch lediglich noch regional und funktional beschränkte Dialekte der derzeitigen nationalen Hochsprachen.

Interessant ist auch hier der Vergleich der ausgebauten Hochsprachen mit den Minderheitensprachen. Die Entwicklungsrichtungen sind geradezu gegenläufig. Während Angehörige einzelner sprachlicher Minderheiten bemüht sind, ihre Sprache auch in den Domänen Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Politik zu einer 'ganzen' Sprache auszubauen, sind Angehörige der etablierten Hochsprachen dabei, genau diese Domänen zugunsten des globalen Englisch aufzugeben. Die Konfliktfronten aktiver Sprachförderung und Sprachpflege sind also verschieden: Minderheitensprachen müssen sich gegenüber den jeweils dominanten Hochsprachen im eigenen Land oder der eigenen Region durchsetzen; die Hochsprachen dagegen müssen sich gegenüber dem globalen Englisch behaupten oder sollten das tun. Genau genommen tun das selbstverständlich nicht die Sprachen, sondern ihre Sprecher, und die wiederum sollten sich weniger gegen anglophone Menschen wenden als sich mit den Mitgliedern der eigenen Sprachgemeinschaft auseinandersetzen, die dabei sind, in mehr und mehr Domänen die eigene Sprache zugunsten des Englischen aufzugeben.

Zu beachten ist, dass in den meisten kontinentaleuropäischen Ländern die Tendenz zu einer solchen Diglossie aus globalem Englisch und den jeweiligen bisherigen Hochsprachen schon jetzt auch durch aktuelle Entwicklungen im Fremdsprachenlehren und -lernen bedient wird. In Deutschland begann der Fremdsprachenunterricht bis vor einigen Jahren erst im Sekundarschulbereich. Erfreulich ist, dass nun auch der Primarbereich einbezogen wird. Höchst unerfreulich ist jedoch, dass der Fremdsprachenun-

terrichtet zunehmend auf Englisch reduziert wird. Während die Gymnasien traditionell ein breites Angebot an Sprachen hatten und zum Teil noch haben, von Altgriechisch und Latein über Französisch, Englisch, manchmal auch Hebräisch, Spanisch, Italienisch, in Ostdeutschland früher auch Russisch, bekommt nun der Englischunterricht einen deutlichen Vorrang gegenüber dem in allen anderen Fremdsprachen, falls diese überhaupt noch gelehrt und gelernt werden. Ein zunehmendes Übergewicht hat der Englischunterricht auch in außerschulischen Bereichen, einschließlich der Erwachsenenbildung. Diese Entwicklung ist auch in anderen europäischen Staaten zu beobachten, seit längerem schon in den Nordischen Ländern und den Niederlanden, neuerdings auch etwa in Italien, Spanien, Portugal und den baltischen Staaten. Weil dies den sich abzeichnenden Domänenverlust der Sprachen dieser Länder unterstützt, können sich Beeinträchtigungen für die Sprachenvielfalt Europas insgesamt ergeben.

In Deutschland plädiere ich wie einige andere Kollegen dafür, in Verbindung mit einem intensivierten Unterricht in der jeweiligen Hochsprache den Fremdsprachenunterricht möglichst nicht mit Englisch beginnen zu lassen. Der Vorteil von Englisch, sein praktischer Nutzen, ist nämlich sein sprachpädagogischer Nachteil. Das kurzatmige Interesse an kommunikativer Effizienz und dem damit meist auch erhofften ökonomischen Nutzen kann langfristig den eigentlichen Reichtum Europas beschädigen: seine kulturelle Vielfalt. Und die ist nun einmal unlösbar an sprachliche Vielfalt gebunden. Deshalb sollte im Fremdsprachenunterricht mit einer anderen europäischen Sprache begonnen und dann Englisch als zweite oder dritte Fremdsprache hinzugenommen werden. Nur so kann bei vielen Lernern eine echte Dreisprachigkeit aus Erstsprache und zwei weiteren Sprachen erreicht werden. Bisher habe ich hierfür aber nur bei einigen meiner EFNIL-Kollegen aus anderen Ländern Zustimmung erhalten.

Bemerkenswert sind auch neuere Entwicklungen in offiziell mehrsprachigen Staaten. In der Schweiz wird bekanntlich seit einigen Jahren erörtert, ob nicht Englisch als gesamtschweizerische Verkehrssprache eingeführt und gefördert werden sollte.<sup>15</sup> Wie mir ein Schweizer Kollege erklärte, «wären dann die Spieße für alle gleich lang». Aus Belgien wird berichtet<sup>16</sup>, dass bei manchen Begegnungen zwischen Flamen und Walloren neuerdings auch englisch gesprochen werde, weil die meisten Walloren ohnehin nur wenig Niederländisch können und viele Flamen auch deshalb nicht gerne französisch sprechen.

Es gibt freilich auch Gegenbewegungen. In den Niederlanden und in Dänemark werden inzwischen Anstrengungen unternommen, den Hochschulunterricht wieder für die eigene Sprache zurück zu gewinnen. In Dänemark wird zurzeit ein Sprachgesetz vorbereitet und erörtert, das Dänisch als Unterrichtssprache im tertiären Bildungsbereich vorschreiben soll. Ent-

sprechende Initiativen sollten auch in den anderen Staaten unternommen oder verstärkt werden. Sie sollten freilich nicht in erster Linie als Kampf gegen das Englische geführt werden, sondern für den primären Gebrauch der jeweils eigenen Hochsprachen in allen Bereichen des Bildungswesens.

## 5. Bemühungen der Union

Auch die Institutionen der Europäischen Union, bei denen sich Sprachpolitik bis in die 90-er Jahre des letzten Jahrhunderts im Wesentlichen auf die praktischen Fragen der eigenen Dolmetscher- und Übersetzerdienste beschränkten, haben sich das Thema der europäischen Sprachenvielfalt endlich zueigen gemacht. Hiervon zeugt unter anderem die zu Beginn zitierte Entschließung zum Europäischen Jahr der Sprachen. Bis Ende letzten Jahres hatte schon der slowakische EU-Kommissar Ján Figel' neben anderen Aufgaben den Bereich Mehrsprachigkeit in seinem Portefeuille. Seiner Behörde ist auch die schon erwähnte *Neue Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit*<sup>17</sup> zu verdanken. Der seit Anfang des Jahres tätige rumänische EU-Kommissar Leonard Orban soll sich sogar ausschließlich um die Mehrsprachigkeit in der Union kümmern. Die offizielle Politik der EU hat aber die Anzeichen einer sich entwickelnden Diglossie aus globalem oder europäisiertem Englisch und den jeweiligen nationalen Hochsprachen noch immer nicht oder noch nicht voll wahrgenommen. Im letzten Herbst legte der Ausschuss für Kultur und Bildung (unter Federführung des katalanischen Abgeordneten Bernat i Mari) dem Europäischen Parlament den Entwurf einer Entschließung zu der schon erwähnte Rahmenstrategie zur Mehrsprachigkeit vor. Dieser Text weist unter anderem darauf hin, «dass das Erlernen von Englisch als einziger Fremdsprache auf keinen Fall ausreicht, um die Mehrsprachigkeit zu fördern.» (Europäisches Parlament 29.6.2006, Ziff. 2.) Er stellt auch «mit Besorgnis fest, dass trotz der Unterstützung der EU für eine Politik der Sprachenvielfalt die Tendenz zur Benutzung des Englischen zu Lasten aller anderen Sprachen anhält und sich seit der letzten Erweiterung sogar noch beschleunigt» (Ziff. 5). Gerade diese Passagen wurden jedoch vom Parlament nicht angenommen. Die Entschließung des Parlaments nimmt auf die englische Sprache überhaupt keinen Bezug (s. Europäisches Parlament 15.11.2006). Der neue Kommissar für Mehrsprachigkeit hat sich bisher zu diesem Thema noch nicht geäußert. Offensichtlich bleibt noch Überzeugungsarbeit zu tun.

Kurz noch zu der Frage, inwieweit der Sprachgebrauch der Organe der Europäischen Union und ihrer Behörden den Sprachgebrauch in den Mitgliedstaaten der Union widerspiegelt oder gar Vorbild für die Kommunika-



tion in den EU-Staaten sein kann. Es sollte dabei nicht vergessen werden, dass derart komplexe und enge Sprachkontaktsituationen wie in den Institutionen der Union in Brüssel, Luxemburg und Straßburg nicht typisch für den kommunikativen Alltag in den Mitgliedsländern sind. In den Einrichtungen der EU treffen tagtäglich Menschen mit 23 oder mehr Erst- oder Zweitsprachen aufeinander. Ähnliches geschieht in Deutschland, Rumänien oder Finnland im Alltag nie und nur sehr selten bei gelegentlichen internationalen Konferenzen. Der alltägliche Gebrauch der jeweils dominierenden nationalen Sprache(n) und ihrer regionalen Varietäten ist in den einzelnen Staaten unauffällig normal und hat keine markante symbolische Qualität. Die Kontakte mit anderssprachigen Menschen nehmen zwar zu, beschränken sich aber durchweg auf jeweils eine oder zwei andere Sprachen.

Anders aber als im nationalen Alltag hat der Sprachgebrauch bei der EU eine hohe symbolische Qualität im Hinblick auf die nationalstaatliche Repräsentanz der dort agierenden Vertreter der Mitgliedsstaaten. Dem kann aber schon aus kommunikationspraktischen und ökonomischen Gründen nur durch begrenzten symbolischen Gebrauch aller anerkannten offiziellen Sprachen Rechnung getragen werden, d.h. wie bisher bei Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments und bei offiziellen Sitzungen des Ministerrats. Im Arbeitsalltag der EU kann die wünschenswerte künftige Sprachwirklichkeit in der ganzen EU lediglich soweit praktiziert werden, dass Mehrsprachigkeit der Normalfall ist. Mehrsprachigkeit fängt bei drei Sprachen an und ist für zügiges gemeinsames Arbeiten mit Dolmetscherunterstützung vielleicht mit bis zu fünf Sprachen einigermaßen praktikabel. Unausweichlich werden dabei die sprecherstärkeren Sprachen eher verwendet als die 'kleineren' Sprachen, zumal diese auch als Fremdsprachen weniger verbreitet sind als die 'größeren'.

Den Sprechern der im EU-Alltag nicht oder kaum berücksichtigten kleineren Amtssprachen muss hierbei verdeutlicht werden, dass praktizierte Mehrsprachigkeit mittelbar auch für Fortbestand und Entwicklung ihrer Sprachen in den betreffenden Staaten von Nutzen ist. Die gleichberechtigte Nutzung mehrerer Arbeitssprachen verhindert eine Diglossie aus einer Einheitssprache für wichtige Aufgaben und den anderen Sprachen für andere, weniger wichtige Zwecke. Praktizierte Mehrsprachigkeit in Brüssel und Straßburg kann den Fremdsprachenunterricht in den Mitgliedsländern positiv beeinflussen, indem sie exemplarisch darauf hinwirkt, dass dieser Unterricht nicht weiter auf Englisch reduziert wird. Es sollten außerdem Kompensationsmaßnahmen für 'Nichtarbeitssprachen' geprüft und beschlossen werden, vor allem finanzielle EU-Förderung für die Erstellung und Fortführung von Wörterbüchern, Grammatiken, Textkorpora und anderen materiellen Sprachressourcen.

Den reinen Minderheitensprachen, d.h. den Sprachen, die nicht auch in jeweils anderen Staaten oder Regionen offizielle Sprachen sind, ist wenig geholfen, wenn auch sie noch von der EU als Amtssprachen anerkannt werden. Schon wegen der überproportional großen Übersetzungs- und Dolmetscherkosten wird sich die EU wohl darauf beschränken müssen, über eine Rahmenregelung wie die erwähnte Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen darauf hinzuwirken, dass die Minderheitensprachen in den jeweiligen Staaten eine angemessene Förderung erhalten. Mit Vertretern aller Mitgliedsstaaten muss eine Verständigung darüber erreicht werden, dass es im Interesse auch ihrer eigenen Sprachen um die Erhaltung und Weiterentwicklung der europäischen Sprachenvielfalt insgesamt geht, von der die Sprachpraxis in den EU-Institutionen nur einen kleinen, oft überschätzten speziellen Teil bildet.

Wegen der großen Verschiedenheit der Sprachen in Europa nach ihrer derzeitigen quantitativen und geographischen Verbreitung, ihrer rechtlichen Stellung, soziokulturellen Geltung und auch ihrer Wahrnehmung aus der Sicht anderer Sprachen wird sich der Fortbestand aller Einzelsprachen politisch nicht mit einigen wenigen starren Bestimmungen auf Dauer sichern und pflegen lassen, zumal die Sprachen weder den nationalen Regierungen noch den europäischen Institutionen 'gehören', sondern ihren Sprechern. Wie bei den Dialekten hängt es besonders bei den kleinen Minderheitensprachen vornehmlich von den Interessen und Verhaltensweisen ihrer Sprecher ab, wieweit und wie lange diese Varietäten und Idiome fortbestehen. Die europäischen Instanzen sollten jedoch noch stärker als bisher für die Wahrung der Sprachenvielfalt werben, indem sie darauf hinwirken, dass über die nationalen Bildungssysteme die individuelle Mehrsprachigkeit der Europäer gefördert und das Interesse an der europäischen Sprachenvielfalt insgesamt geweckt und verstärkt wird.

## **6. Toleranz?**

Abschließend noch eine Bemerkung zur «Frage der Toleranz», die im Generalthema des Symposiums aufgerufen wird: sprachliche Toleranz als Duldung, als Geltenlassen anderer Sprachen und Sprachgebräuche als der eigenen Sprache und des eigenen Sprachgebrauchs. In allgemeiner Form kann die Forderung nach Toleranz im Hinblick auf die Erhaltung der europäischen Vielsprachigkeit und das Leben in ihr nicht bestritten werden. Grundbedingung ist, dass wir Europäer auch den Wert der anderen Sprachen anerkennen, die ihren Sprechern als eigene Sprachen ebenso wichtig sind wie jedem von uns die eigene Sprache.<sup>18</sup> Dies gilt besonders für die Duldung anderer Sprachen im eigenen Land und im engeren persönlichen

Umfeld. Die nationale Sprachpolitik muss sogar über die bloße Duldung nichtoffizieller Sprachen im eigenen Land hinausgehen. Minderheitensprachen (einschließlich der Migrantensprachen) sollten nicht nur gestattet, sondern auch gefördert werden, zumal auch sie zur kulturellen Vielfalt in der eigenen Stadt, im eigenen Land beitragen.

Schwieriger wird es aber, wenn wir die Toleranzförderung auf konkrete kommunikative Situationen anwenden. Ich kann ohne weiteres hinnehmen oder sogar gut heißen, dass die Esten miteinander estnisch, die Rumänen im Bukarest rumänisch, die Italiener in Mailand oder auch in Mannheim miteinander italienisch und die türkischen Migranten in meinem Stadtviertel türkisch sprechen, weil mich diese Gespräche in der Regel nicht betreffen. Heikel wird es jedoch, wenn ich mit einem Esten, Rumänen, Italiener oder Türken kommunizieren möchte oder gar muss oder auch er mit mir, weil etwa der Weg zum Bahnhof erfragt oder gar die Folgen eines Autounfalls geregelt werden müssen. Zu tolerieren, dass mein potenzieller Gesprächspartner meine Sprache nicht versteht und ich nicht seine, hilft hierbei nicht weiter. Toleranz kann sich in solchen Situationen nicht auf freundliche Duldung beschränken, sondern muss aktiv werden, das heißt, zu dem Bemühen führen, eine Verständigung über eine gemeinsame Sprache zu finden. Die kann zur Not auch Englisch oder Internationalish sein.<sup>19</sup>

Mit sprachlicher Toleranz ist vereinbar, wenn schon aus vielen praktischen Gründen von Minderheitensprechern im eigenen Land, einschließlich sesshaft werdender Migranten, erwartet wird, dass sie die offizielle Sprache der Mehrheit lernen. Durchaus nicht intolerant ist es aber auch, von allen Europäern zu erwarten, dass sie zu ihrer Sprache noch weitere Sprachen hinzulernen. Die Sprecher von Minderheitensprachen und 'kleinen' Nationalsprachen tun das ohnehin. Die vielen monolingualen Sprecher großer europäischer Sprachen wie Französisch, Deutsch, Italienisch, Spanisch und erst recht Englisch müssen noch davon überzeugt werden, dass sie Toleranz ihrer eigenen sprachlichen Beschränktheit gegenüber im europäischen Kontext nicht auf Dauer erwarten können.

Toleranz sollte andererseits auch nicht mit Gleichgültigkeit gegenüber bestimmten Gebrauchsweisen und Entwicklungen der eigenen Sprache verwechselt werden. Der Gebrauch regionaler Sprachvarietäten kann bei Partnern toleriert werden, sofern Verständlichkeit gesichert und auch die eigene Varietät toleriert wird. Toleranz kann jedoch nicht bedeuten, dass Eltern und Lehrer den unbeholfenen oder fehlerhaften Sprachgebrauch von Kindern und Jugendlichen hinzunehmen hätten, denn eine Sprache wird nun einmal normorientiert erlernt. Auch kann Toleranz nicht gegenüber irreführenden, beleidigenden oder unverständlichen Äußerungen von Sprechern der eigenen Sprache erwartet werden. Konkrete, insbesondere situa-

tionsbezogene Sprachkritik gehört zu den so genannten 'Selbstheilungskräften' einer Sprache. Selbstverständlich heilt eine Sprache sich nicht selbst. Es sind ihre Sprecher, die durch tagtägliche Kritik des aktuellen Sprachgebrauchs dazu beitragen, dass die Sprache weiterhin brauchbar bleibt. In einem weiteren Sinn gehört dazu auch die Kritik an anderen Sprechern oder Institutionen, die einem ohne einleuchtenden Grund den Gebrauch einer anderen Sprache aufdrängen.

Toleranz reicht also für die Wahrung und gedeihliche Weiterentwicklung der europäischen Sprachenvielfalt nicht aus. Hinzukommen müssen zu dem Respekt vor den anderen Sprachen das Bestreben, einige von ihnen zu lernen, und auch das kritische Bemühen um die eigene Sprache, besonders ihre hochsprachliche Varietät. Europäische Kultur sollte weiterhin auch ein Ensemble kultivierter Sprachen sein.

## Referenzen

- Ammon, Ulrich 2001: *The Dominance of English as a Language of Science. Effects on the Non-English Languages and Language Communities*. (Contributions to the Sociology of Language 84). Berlin / New York: de Gruyter.
- Clyne, Michael 1992: *Pluricentric Languages. Differing Norms in Different Nations*. Berlin/ New York: de Gruyter.
- Clyne, Michael 2001: *Englisch zwischen plurizentrischer Nationalsprache und internationaler Sprache*. In: Ehlich/Ossner/Stammerjohann (Hgg.) 2001, 283-299.
- Ehlich, Konrad/Ossner, Jakob/Stammerjohann, Harro (Hgg.) 2001: *Hochsprachen in Europa – Entstehung, Geltung, Zukunft*. Freiburg i.Br.: Fillibach.
- Ehlich, Konrad 2002: *Was wird aus den Hochsprachen?* In: Haß-Zumkehr, Ulrike / Kallmeyer, Werner / Zifonun (Hgg.), *Ansichten der deutschen Sprache*. (= Festschrift Stickel) Tübingen: Gunter Narr, 387-418.
- Europäisches Parlament (Ausschuss für Kultur und Bildung, Berichtsersteller Bernat i Mari) 29.6.2006: *Entwurf eines Berichts über eine neue Rahmenstrategie zur Mehrsprachigkeit* (KOM(2005) 0596) Vorläufig 2006/2083(INI).
- Europäisches Parlament 15.11.2006: *Entschließung des Europäischen Parlaments zu einer neuen Rahmenstrategie zur Mehrsprachigkeit* (2006/2083(INI)). Vorläufige Ausgabe P6\_TA-PROV(2006)0488.
- Europäischer Rat 19.10.2007: *Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (= EU-Reformvertrag von Lissabon)* Im Internet: <[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1317&lang=en&mode=g](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1317&lang=en&mode=g)>.
- Europarat 1992: *Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen*. Straßburg. Im Internet: <<http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/148.htm>>
- Frühwald, Wolfgang 2001: *Eine Kultur – viele Sprachen. Zur Identität Europas*. In: Nies (ed.) 2005: 33-46.

- Graddol, David 2000: *The Future of English*. London: British Council (auch als «free download» im Internet: [www.britishcouncil.org/english](http://www.britishcouncil.org/english)).
- Graddol, David 2006: *English next. Why global English may mean the end of 'English as a Foreign Language'*. London: British Council.
- Hanson, Roger et al. 2004: *Språk och skrift in Europa. Litenbok om Europas stater och språk*. Stockholm: Författarna och SNS.
- Kloss, Heinz 1978: *Die Entwicklung neuer germanischer Kultursprachen seit 1800*. 2. erw. Aufl. Düsseldorf: Schwann.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005: *Eine neue Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit*. Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. (Brüssel, den 22.11.2005) Komm (2005) 596 endgültig.
- Murray, Heather / Wegmüller, Ursula / Ali Khan, Fayz (o.J.): *Englisch in der Schweiz*. Forschungsbericht im Auftrag des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft. Unter: <[www.sbf.admin.ch/htm/services/publikationen/schriften/Bildung/english-d/pdf](http://www.sbf.admin.ch/htm/services/publikationen/schriften/Bildung/english-d/pdf)>
- Nelde, Peter Hans 1999: *Europäische Sprachenpolitik*. In: Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften / Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig (Hrsg.), *«Werkzeug Sprache» – Sprachpolitik, Sprachfähigkeit, Sprache und Macht*. Hildesheim/ Zürich/New York, 35-56.
- Nies, Fritz (ed.) 2005: *Europa denkt mehrsprachig – L'Europe pense en plusieurs langues*. Tübingen: Gunter Narr.
- Phillipson, Robert 2003: *English-Only Europe? Challenging Language Policy*. London / New York: Routledge.
- Price, Glanville (ed.) 1998: *Encyclopedia of the Languages of Europe*. Oxford / Glanville, Mass.: Blackwell.
- Siguan, Miquel 2001: *Die Sprachen im vereinten Europa*. Tübingen: Stauffenburg. (Original: *La Europa de las lenguas*. Madrid 1996; erw. Fassung noch ohne Übersetzung: 2nda. edición. Madrid: Alianza Editorial, 2005.)
- Stickel, Gerhard 2002a: *Eigene und fremde Sprachen im vielsprachigen Europa*. In: Ehlich, Konrad / Schubert, Venanz (Hrsg.), *Sprachen und Sprachenpolitik in Europa*. Tübingen: Stauffenburg, 2002, 15-32.
- Stickel, Gerhard (Hg.) 2002: *Europäische Hochsprachen und mehrsprachiges Europa*. Mannheim: IDS.
- Watts, Richard J. 2001: *Standardsprache woher, wohin. Das Dilemma des «Englisch-Englischen»*. In: Ehlich/Ossner/Stammerjohann (Hgg.), 267-282.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Europäische Gemeinschaften (2000): Beschluss Nr. 1934/2000/EG vom 17. Juni 2000, Art. 4.

<sup>2</sup> Europäischer Rat (2007). In diesem Reformvertrag wurde leider eine vom Europäischen Parlament am 15.11.06 gefasste Entschließung «zu einer neuen Strategie für Mehrsprachigkeit» nicht berücksichtigt. Darin wurde gefordert, in den EG-Vertrag einen neuen Artikel 151a aufzunehmen: «Die Gemeinschaft achtet und fördert im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die sprachliche Vielfalt in Europa, einschließlich der Regional- und Minder-

heitenssprachen als Ausdruck dieser Vielfalt, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten fördert und andere geeignete Instrumente zur Förderung dieses Zieles einsetzt.»

<sup>3</sup> Die Angaben zur Anzahl der Sprachen in Europa schwanken zwischen etwa 70 und mehr als 100. Ehlich (2002), S. 392, nennt 69 Sprachen, Nelde (1999), S. 38, spricht von rund 100 Sprachen, Phillipson (2003), S. 31, in Anlehnung an Price (1998) von 102 Sprachen; Hanson et al. (2004), S. 255 ff., führen 126 Sprachen auf, rechnen dabei aber die ganze Türkei zu Europa.

<sup>4</sup> ausführlicher hierzu: Stickel (2002a).

<sup>5</sup> zitiert nach der (nichtamtlichen) deutschen Übersetzung der Charta, die nur in englischer und französischer Fassung offiziell ist.

<sup>6</sup> Für die Gerichte bestimmt §184 des Gerichtsverfahrensgesetzes (GVG) Deutsch als Gerichtssprache. Für die Bundesbehörden gilt §23 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), für die Finanzverwaltung von Bund und Ländern §87 Abgabenordnung (AO 1977) und für die Sozialverwaltungsbehörden §19 Abs. 1 des Sozialgesetzbuches X (SGB X). Entsprechende Bestimmungen gibt es in den Verwaltungsverfahrensgesetzen einiger Bundesländer.

<sup>7</sup> EFNIL ist ein Akronym von *European Federation of National Institutions for Language*. Näheres im Internet unter [www.efnil.org](http://www.efnil.org).

<sup>8</sup> Die schweizerische Entsprechung *Schriftdeutsch* macht den überregionalen mündlichen Gebrauch dieser Varietät weniger deutlich.

<sup>9</sup> Zu dem Begriff 'Ausbausprache' siehe Kloss (1978).

<sup>10</sup> Siehe hierzu die Übersicht, die über die Internetadresse des Europarats unter <http://conventions.coe.int> zu finden ist, und zwar zum Vertrag CETS No. 148. Danach ist die Charta in der Schweiz seit 1.4.1998 in Kraft, in Deutschland seit 1.1.1999.

<sup>11</sup> Rundbrief von Meirion Prys Jones, dem Leiter des «Welsh Language Board» in Cardiff, vom 6.3.2007.

<sup>12</sup> Diese Vermutung wird gestützt durch eine detaillierte Prognose des British Council. Siehe: Graddol (2000) und (2006); vgl. auch Watts (2001).

<sup>13</sup> Für das Deutsche unter anderem ausführlich von Ulrich Ammon (2001). Siehe auch Phillipson (2003) und die Beiträge in Ehlich/Ossner/Stammerjohann (2001).

<sup>14</sup> Persönliche Mitteilung von Firmenmitarbeitern.

<sup>15</sup> Hierzu Murray et al. (o.J.), bes. S 10 ff.

<sup>16</sup> Persönliche Mitteilung von Wissenschaftlern der *Nederlandse Taalunie*, die für die Sprachplanung und Sprachpflege in Flandern und den Niederlanden zuständig ist.

<sup>17</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005.

<sup>18</sup> Hierzu ausführlicher der spanische (katalanische) Psycholinguist Miquel Siguan (2001) bes. S. 174 ff.

<sup>19</sup> Mit dem Rumänen, der in Ungarn mit seinem Lastwagen mein Auto angefahren hatte, habe ich mich schließlich in gebrochenem Italienisch erfolgreich verständigen können.